



Fertig lustig: Uber muss seine Fahrerinnen und Fahrer korrekt anstellen. Foto: Keystone.

Jetzt steht fest: Dumping-Taxidienst Uber darf in Genf nicht weiterfahren.

Ziehen andere Städte bald nach?

Genf verbietet den Dumping- Taxidienst Uber. Das könnte für die US-Firma richtig teuer werden.

Klare Worte aus Genf: „Uber muss sich an den gesetzlichen Rahmen halten. Und vor allem für seine Fahrerinnen und Fahrer die Beiträge an die Sozialversicherungen zahlen“ Das sagt der Sprecher von Regierungsrat Mauro Poggia (MCG). Solange der Dumping-Taxidienst das nicht tut, darf er seine Dienste im Kanton Genf nicht mehr anbieten.

Zuvor hatte der Kanton eine rechtliche Analyse vorgenommen. Und war zum Schluss gekommen: Uber ist ein Transportunternehmen. Und nicht nur ein Fahrtenvermittler, wie dies die US-Firma gerne hätte. Daraus folgt, dass die Fahrerinnen und Fahrer als Angestellte zu betrachten sind. Mit allen dazugehörigen Rechten wie Sozial- und Unfallversicherung, Kündigungsschutz und so weiter. Genau das, was die Unia schon seit Jahren fordert.

Uber hat angekündigt, gegen das Verbot Berufung einzulegen. Aber wenn das Verwaltungsgericht den Entscheid des Kantons stützt, wird es für Uber richtig teuer. Der Billig-Taxidienst müsste dann rückwirkend sämtliche Beiträge ab dem Jahr 2014 nachzahlen, als er in Genf den Betrieb aufnahm.

Vorbild Genf

Damit nicht genug: Nach Auffassung der Genfer Regierung verstösst Uber zudem gegen die bilateralen Verträge mit der Europäischen Union. Denn der Sitz der Firma befindet sich in den Niederlanden. Deshalb gelten die Fahrerinnen und Fahrer als entsandte Arbeitskräfte. Und als solche dürfen sie maximal neunzig Tage lang arbeiten.

Und was tut sich im Rest der Schweiz?

- Im Kanton Waadt ist eine neue Taxiverordnung in Arbeit. In der Vernehmlassung fordert die Unia: Die Gewerbebehörde muss künftig festlegen, ob eine Firma ein Transportunternehmen oder eine Fahrtenvermittlerin ist - genau wie dies Genf jetzt gemacht hat .
- In Zürich fordert die Unia den Kanton auf, beim Essenskurier Uber Eats einzuschreiten: „Wie in Genf soll auch die Zürcher Regierung Uber Eats auffordern, seine Kurierinnen und Kurier als Arbeitnehmende anzustellen, oder andernfalls ebenfalls die Konsequenzen ziehen.“

Plattform Kapitalismus

Uber ist nur das bekannteste Beispiel des neuen Plattform-Kapitalismus. Sein Prinzip: Ein Algorithmus sucht für jede neue Aufgabe eine Arbeitskraft. Möglichst billig und möglichst ohne Sozialleistungen. Für die Unia ist deshalb klar: Auch Plattformen müssen sich ans Gesetz halten.

Christian Egg.

Work online, 15.11.2019.

Personen > Egg Christian. Uber. Verbot. Work online, 2019-11-15